

Erfolg mit Schattenseiten

Arbeitsmarkt. Das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre hat für neue Jobs gesorgt und die Zahl der Arbeitslosen kräftig sinken lassen. Allerdings war die Arbeitsmarktbilanz der einzelnen Regionen Deutschlands zum Teil sehr unterschiedlich – vor allem im Vergleich zwischen West und Ost.

Ostprignitz-Ruppin liegt im Nordwesten von Brandenburg, ist 2.509 Quadratkilometer groß und zählt fast 102.000 Einwohner. Der Landkreis bietet Sehenswürdigkeiten wie das Schloss Rheinsberg sowie eine reizvolle Seenlandschaft – und er verzeichnet seit 2008 im Vergleich aller deutschen Städte und Landkreise den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit (Grafik):

In Ostprignitz-Ruppin sowie im thüringischen Kyffhäuserkreis lagen die Arbeitslosenquoten im vergangenen Jahr um 5,5 Prozentpunkte unter denen von 2008.

Die Brandenburger profitierten vor allem von ihrer verkehrsgünstigen Lage an der Autobahn zwischen Berlin und Hamburg. Die Unternehmen in den dortigen Gewerbegebieten – unter anderem Betriebe der

Automobilbranche, der Metallindustrie sowie der Kunststoffverarbeitung – haben zuletzt maßgeblich zum deutlichen Beschäftigungsaufbau im Landkreis beigetragen.

Ostprignitz-Ruppin ist kein Einzelfall – auch insgesamt hat sich der Arbeitsmarkt in Deutschland positiv entwickelt. Die Zahl der Arbeitslosen ist von 2008 bis 2013 um 308.000 gesunken; zugleich gab es 1,8 Millionen bzw. 6,6 Prozent mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Allerdings fällt die Bilanz in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich aus (Grafik Seite 2): →

Arbeitslosigkeit: Aufsteiger und Absteiger im Zeitraum 2008 bis 2013 ■ Arbeitslosenquote im Jahr 2013 in Prozent

Die fünf Städte und Kreise mit dem **stärksten Rückgang** der Arbeitslosenquote in Prozentpunkten

Landkreis Ostprignitz-Ruppin (Brandenburg)	-5,5	10,4
Kyffhäuserkreis (Thüringen)	-5,5	11,5
Landkreis Sömmerda (Thüringen)	-5,1	9,6
Landkreis Elbe-Elster (Brandenburg)	-4,8	12,5
Landkreis Altenburger Land (Thüringen)	-4,6	11,4

Die fünf Städte und Kreise mit dem **stärksten Anstieg** der Arbeitslosenquote in Prozentpunkten

Landkreis Neunkirchen (Saarland)	1,0	8,0
Stadt Herne (NRW)	1,0	13,7
Stadt Remscheid (NRW)	1,0	9,3
Landkreis Heidenheim (Baden-Württemberg)	0,9	5,2
Märkischer Kreis (NRW)	0,9	7,1

Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwkd 7

Inhalt

Investitionen. Nach einer Schwächephase in den vergangenen Jahren stehen die Zeichen bei den Investitionen wieder auf Aufschwung.
Seite 3

Rentenreform. Die Kosten für die zusätzliche Mütterrente und die abschlagsfreie Rente mit 63 müssen vor allem die jungen Beitragszahler, zum Teil aber auch die heutigen Rentner tragen.
Seite 4-5

Verkürzte Gymnasialzeit. Kaum war das sogenannte G8 bundesweit Standard, kehrten die ersten Länder zum Abitur nach neun Jahren zurück. Damit droht eine wichtige Reform zu scheitern.
Seite 6-7

Ausbildung. Die Ausbildungsvergütungen sind 2013 erneut gestiegen – zu den Ursachen zählt auch der demografische Wandel.
Seite 8

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

→ Während die Arbeitslosenquote in Westdeutschland seit 2008 im Schnitt nur um 0,4 Prozentpunkte auf 6,0 Prozent zurückging, fiel sie in Ostdeutschland um 2,8 Punkte auf 10,3 Prozent.

Lässt man Berlin außen vor, sank die Quote im Osten sogar erstmals seit der Wiedervereinigung knapp unter die 10-Prozent-Marke.

Eine Erfolgsmeldung ist dies nur bedingt. Denn die Zahl der Beschäftigten ist in den ostdeutschen Flächenländern lediglich um 3,6 Pro-

zent gestiegen – also deutlich geringer als im Bundesdurchschnitt.

Dieser vermeintliche Widerspruch – stark sinkende Arbeitslosenzahlen bei unterdurchschnittlichem Beschäftigungszuwachs – lässt sich durch die demografische Entwicklung erklären. Noch immer ziehen viele Menschen im erwerbsfähigen Alter aus Ostdeutschland weg – von 2008 bis 2012 waren es ohne Berlin per saldo über 130.000. Allein von den 18- bis 30-Jährigen verließen unterm Strich 113.000 ihre Heimat.

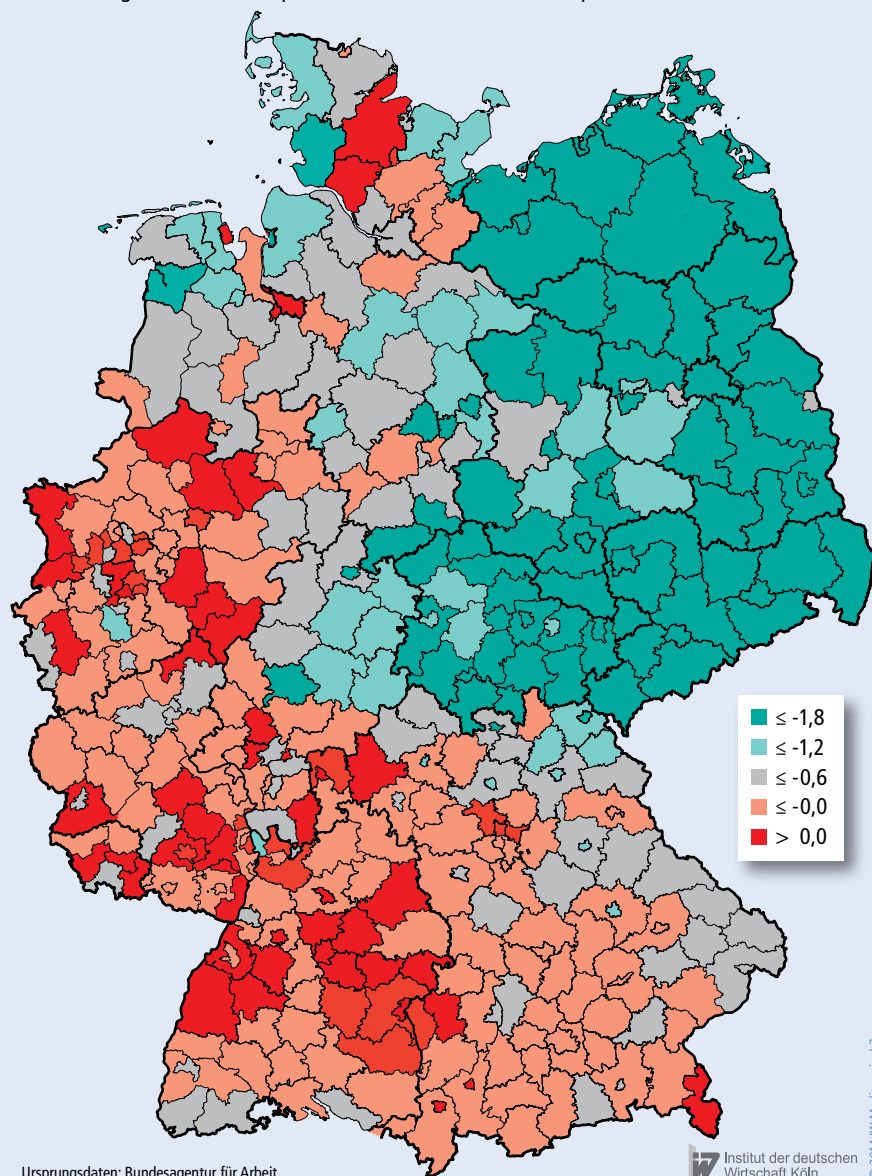
Die Folgen können fatal sein: Fehlen junge, gut ausgebildete Fachkräfte, leidet die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen. Dies verschlechtert die Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven weiter, was erneut junge Leute veranlasst, fortzuziehen. Die gesunkenen Arbeitslosenquoten dürfen also die Politik nicht veranlassen, sich weniger engagiert um die Stärkung der ländlichen Standorte in Ostdeutschland zu kümmern.

Unterschiedlich hat sich die Arbeitslosigkeit aber auch in den westdeutschen Regionen entwickelt. Anders als im gesamtdeutschen Schnitt sind vor allem in einigen Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens und des Saarlands die Arbeitslosenquoten gestiegen. Gerade die früheren Kohle- und Stahlregionen kämpfen noch immer mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel.

Bemerkenswert sind zudem die gegenläufigen Trends im wirtschaftsstarren Süden Deutschlands. Während die Erwerbslosenquote in den Städten und Kreisen Baden-Württembergs im Jahr 2013 mit durchschnittlich 4,1 Prozent in etwa auf demselben Niveau lag wie 2008 und die absolute Zahl der Jobsucher in diesem Zeitraum sogar leicht anstieg, ist die Quote in Bayern nochmals um fast einen halben Prozentpunkt auf 3,8 Prozent gesunken. Der Grund: Die zuvor wirtschaftlich relativ schwachen Regionen Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern haben zuletzt einen Aufschwung erlebt und damit den bayerischen Jobmotor zusätzlich angetrieben.

Arbeitslosigkeit in Deutschland

Veränderung der Arbeitslosenquote von 2008 bis 2013 in Prozentpunkten



Interaktive Version der Deutschlandkarte mit den Daten zu allen Städten und Kreisen unter:
www.iwkoeln.de/arbeitslosenquoten

Trendwende in Sicht

Investitionen. Die Weltwirtschaft hat in den vergangenen beiden Jahren geschwächt. Europas Staatsschulden- und Bankenkrise setzte nicht nur den beteiligten Ländern zu, sondern strahlte auch auf viele aufstrebende Volkswirtschaften aus, die deshalb weniger exportieren konnten. Mittlerweile aber stehen die Zeichen wieder auf Aufschwung.

Die globale Konjunkturschwäche hat dazu geführt, dass sich vor allem die fortgeschrittenen Länder mit Investitionen spürbar zurückgehalten haben. Und das machte sich überall bemerkbar: Die weltweite Wachstumsrate der nominalen Bruttoanlageinvestitionen fiel im vergangenen Jahr mit 2,8 Prozent sehr niedrig aus. Zum Vergleich: Im Durchschnitt des Zeitraums 2003 bis 2013 lag sie bei fast 9 Prozent. In Europa stagnierten die Investitionen 2013, nachdem sie 2012 sogar um fast 11 Prozent eingebrochen waren.

Vor allem in den europäischen Krisenländern Griechenland, Zypern, Portugal, Spanien und Italien hielten sich die Unternehmen in den vergangenen Jahren zurück (vgl. iwD 47/2013). Verunsichert und durch die Staatsschuldenkrise belastet, bliesen sie viele Investitionsvorhaben erst einmal ab.

Inzwischen gibt es aber deutliche Anzeichen dafür, dass Europa das Schlimmste überstanden hat und die Unternehmen wieder investieren. So erwarten die Experten für die großen europäischen Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Schweden und Italien in diesem Jahr – zum Teil deut-



Europa investiert wieder

Veränderung der realen Ausrüstungsinvestitionen gegenüber Vorjahr in Prozent



2013: Schätzung; 2014, 2015: Prognose; Stand: Januar 2014; Quelle: Consensus Forecast

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 iw-dienst - wvd 7

liche – Zuwächse bei den realen Ausrüstungsinvestitionen. Nur Spanien bleibt noch außen vor (Grafik).

Die aktuellen Prognosen lassen auch für die nähere Zukunft hoffen: In den meisten Ländern sollen die Investitionen 2015 noch stärker zulegen als in diesem Jahr.

Diese Trendwende ist eine gute Nachricht für die deutsche Wirtschaft, die traditionell stark auf die Herstellung von Investitionsgütern

ausgerichtet ist. Jedenfalls sind die Auftragsbücher der deutschen Produzenten von Maschinen, Anlagen und Fahrzeugen wieder besser gefüllt. Im Dezember 2013 übertraf die Zahl der Aufträge aus dem Ausland das Niveau vom Jahresbeginn um fast 15 Prozent. Und auch bei den Inlandsbestellungen war ein leichtes Plus zu verzeichnen: Sie legten im gleichen Zeitraum um etwas mehr als 2 Prozent zu.

Rolle rückwärts

Rentenreform. Die zusätzliche Mütterrente sowie die abschlagsfreie Rente mit 63 für langjährig Versicherte stellen die Rentenreformen der vergangenen Jahre auf den Kopf. Die Kosten tragen vor allem junge Beitragszahler. Aber auch ein Teil der heutigen Rentner kommt nicht ungeschoren davon.

Mit ihrem Gesetzentwurf über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung geht die frisch gekürte Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles gleich vier rentenpolitische Maßnahmen an (Kasten). In der Kritik stehen vor allem zwei Projekte:

1. Zusätzliche Mütterrente. Ab Juli 2014 werden Erziehungsleistungen von Müttern aufgewertet, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Nach heutigem Stand werden dann pro Kind in Westdeutschland nicht mehr bis zu 28,14 Euro pro Monat gezahlt (1 Entgeltpunkt), sondern bis zu 56,28 Euro (2 Entgeltpunkte). In Ostdeutschland sind es aufgrund der abweichenden Rentenberechnung 51,48 Euro statt 25,74 Euro.

Allerdings müssen Mütter und Väter von ihrer zusätzlichen Rente Sozialabgaben zahlen – derzeit liegen die Sätze bei 8,2 Prozent für die gesetzliche Krankenversicherung und 2,05 Prozent für die gesetzliche Pflegeversicherung.

Die Kosten dieser sozialpolitischen Wohltat gehen in die Milliarden, wobei das Sozialministerium den Aufwand noch schönrechnet. Denn es wird nicht bei den offiziell genannten Mehrausgaben von rund 6,5 Milliarden Euro pro Jahr bleiben. Mit jeder künftigen Renten Anpassung erhöht sich die Mütterrente, und damit steigen auch die Kosten (Grafik).

Das Projekt ist aber nicht nur teurer als angegeben. Nach wie vor

Was noch im Gesetz steht

- Die Bundesregierung plant, das Budget der Rentenversicherung für die Rehabilitation an den demografisch bedingt veränderten Bedarf anzupassen. Dies ist eine sinnvolle Maßnahme, wenn es gelingt, schwer Erkrankte wieder in den Beruf zu integrieren.
- Der Erwerbsminderungsschutz soll verbessert werden. Wer nicht mehr erwerbstätig sein kann, wird bislang so gestellt, als hätte er bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres gearbeitet. Danach wird die Erwerbsminderungsrente in eine Altersrente umgewandelt. Weil aber die Regelaltersgrenze schrittweise bis auf 67 Jahre angehoben wird, droht im Alter eine größere Rentenlücke zwischen den Erwerbsgeminderten und den Gesunden. Deshalb ist es grundsätzlich richtig, die Zurechnungszeit anzupassen. Dies sollte aber stufenweise parallel zum Übergang zur Rente mit 67 erfolgen.

gibt es auch keine stichhaltige Begründung dafür. Es ist zwar richtig, dass Mütter von jüngeren und älteren Kindern unterschiedlich behandelt werden. Wenn die Kinder 1992 oder später geboren wurden, erhält ein Elternteil bis zu drei statt nur einen Entgeltpunkt. Nicht jede Ungleichbehandlung ist aber ungerecht. Denn Mütter mit vor 1992 geborenen Kindern hatten bzw. haben in der Rentenversicherung andere Privilegien:

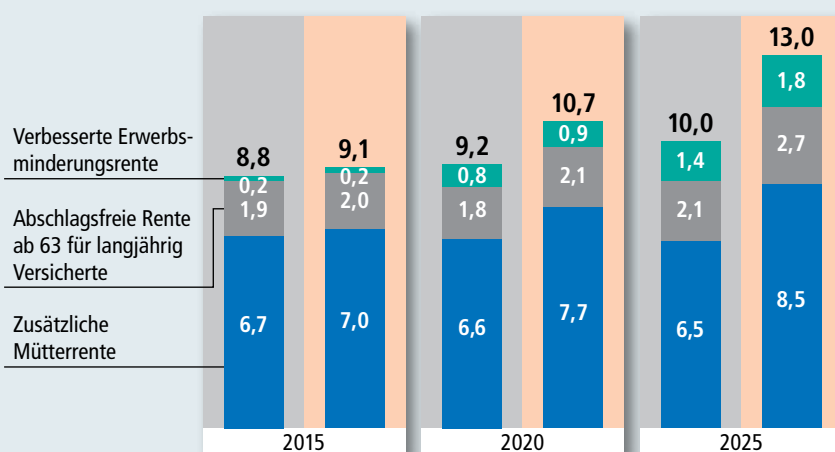
- Rentnerinnen aus älteren Jahrgängen, die früher unterdurchschnittlich verdient haben, bekommen nach wie vor einen Aufschlag auf die Rente.
- Arbeitnehmerinnen konnten in der Vergangenheit teilweise schon mit 60 Jahren in Rente gehen – ohne Abschlag. Jüngere Frauen werden dagegen bald wie die Männer bis 67

Rentenreform schöngerechnet

Erwartete Mehrausgaben in Milliarden Euro

■ in heutigen Werten laut Entwurf Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetz vom 15.1.2014

■ Hochrechnung auf Basis der vor dem Gesetzentwurf erwarteten Renten Anpassungen



Ursprungsdaten: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bundesregierung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 7

arbeiten müssen. Gehen sie früher, müssen sie Abschlüsse akzeptieren.

- Die heutigen Seniorinnen haben ein wesentlich höheres Versorgungsniveau als künftige Rentnerinnen.

Selbst der Hinweis, die zusätzliche Mütterrente schütze vor Altersarmut, kann nicht überzeugen. Denn die Mittel werden mit der Gießkanne verteilt, statt wirklich Hilfsbedürftigen gezielt unter die Arme zu greifen. Sogar jene Seniorinnen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, bekommen nicht mehr Geld als bisher – denn der höhere Rentenanspruch wird mit der steuerfinanzierten Hilfe verrechnet.

2. Abschlagsfreie Rente mit 63. Was die Mütterrente für die Union, ist den Sozialdemokraten die abschlagsfreie Frühverrentung für langjährig Versicherte: Wer 45 Beitragsjahre auf dem Buckel hat, soll künftig nicht bis zum 65. Geburtstag warten müssen, sondern bereits mit 63 Jahren ohne Abschlüsse in den Ruhestand gehen dürfen.

Diese neue Frühverrentungsoption führt die Rente mit 67 ad absurdum, die bis 2029 stufenweise eingeführt wird, um die Rentenversicherung demografiefest zu machen.

Dass von der Regelung nicht nur ein kleiner Kreis an Versicherten profitieren dürfte, zeigt ein Blick auf die heutigen Rentner. Immerhin hat ein Viertel von ihnen mindestens 45 Versicherungsjahre vorzuweisen – vor allem Männer (Grafik). Das hat wohl viel mit der traditionellen Rollenverteilung in der Familie zu tun. Außerdem dürften viele Facharbeiter in den Genuss der neuen Regelung kommen. Denn wer mit 16 in die Lehre gegangen ist und seitdem durchmalocht hat, bekommt die 45 Beitragsjahre leicht vor der Altersgrenze voll.

45 Versicherungsjahre sind keine Seltenheit

Renten mit 45 oder mehr Versicherungsjahren
Ende Dezember 2012



Alters- und Erwerbsminderungsrenten: ohne Hinterbliebenenversorgung; Versicherungsjahre: Beitragszeiten und beitragsfreie Zeiten z. B. für Ausbildung, Schwangerschaft und Mutterschaft, Arbeitsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit, Zurechnungszeiten bei Erwerbsminderung, aber ohne Zurechnung von Zeiten für Kindererziehung und Pflege; Ursprungsdaten: Gesetzliche Rentenversicherung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 7

Rentenreform: Zum Teil von Rentnern finanziert

Weil die Renten nach der Rentenformel auch von der Höhe der Beitragssätze abhängen und diese durch die Reform steigen, fallen künftige Rentenanpassungen geringer aus. Dadurch sinkt das Rentenniveau. Außerdem hängt die Rentenhöhe auch von dem Verhältnis Beitragszahler zu Rentnern ab. Wenn wegen der Rente mit 63 die Zahl der Beitragszahler sinkt, steigen die Renten ebenfalls langsamer.

	2014	2020	2025	2030
Beitragssatz in Prozent				
Rentenreform 2014	18,9	19,7	20,8	22,0
Rentenversicherungsbericht 2013	18,3	19,2	20,3	21,6
Gesetzliche Rente eines Durchschnittsverdieners nach 45 Beitragsjahren in Prozent des Durchschnittsentgelts eines Arbeitnehmers				
Rentenreform 2014	47,9	46,9	45,4	43,7
Rentenversicherungsbericht 2013	47,8	47,5	46,0	44,4

Rentenversicherungsbericht 2013: Stand November 2013; Rentenreform 2014: Entwurf eines Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetzes, Stand 15.1.2014;
Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bundesregierung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 7

Aber nicht nur Beitragsjahre sollen gezählt werden. Nach den Plänen der Bundesarbeitsministerin sollen auch Zeiten der Arbeitslosigkeit zumindest teilweise angerechnet werden. Je großzügiger am Ende die Regelung, desto mehr Arbeitnehmer werden sich vor der Regelaltersgrenze aus dem Arbeitsmarkt verabschieden können.

Unter dem Strich sind vor allem die jüngeren Beitragszahler gelackmeiert. Denn zur Finanzierung des Reformpakets hat die Bundesregierung bereits vorsorglich auf eine mögliche Beitragssatzsenkung in diesem Jahr verzichtet. Zukünftig

muss das Geld über weitere Beitragssatzerhöhungen aufgebracht werden (vgl. iwd 45/2013).

Die Reform wird allerdings auch von so manchem Rentner mitfinanziert – dafür sorgt die Rentenformel (Erklärung siehe Grafik). Zwar werden Rentnerinnen und Mütter mit älteren Kindern sowie langjährig Versicherte unter dem Strich zu den Gewinnern gehören – weil die schwächere Rentenentwicklung durch die neuen Geschenke der Bundesregierung mehr als kompensiert wird. Kinderlose Rentner und Versicherte mit kürzeren Beitragszeiten sind dagegen gekniffen.

G – was denn nun?

Verkürzte Gymnasialzeit. Vor 17 Jahren haben die Kultusminister beschlossen, dass Gymnasiasten in Deutschland das Abitur nach acht statt neun Jahren erreichen sollen. Doch kaum war das sogenannte G8 bundesweit Standard, kehrten die ersten Bundesländer wieder zum neunjährigen System zurück. Damit droht eine notwendige schulpolitische Strukturreform zu scheitern.

Stresst das Turbo-Abitur Schüler und Lehrer? Sind die Leistungen der G8-Absolventen schlechter als die derjenigen Schüler, die ein Jahr länger zur Schule gehen?

Solche Fragen treiben Schüler, Lehrer und Eltern nunmehr rund zehn Jahre um. Seit 2001 haben die Bundesländer nach und nach das G8 eingeführt, nur Thüringen und Sachsen hatten das achtjährige Gymnasium direkt aus DDR-Zeiten über-

nommen. Noch 2009 zählte die G9-Oberstufe bundesweit rund 620.000 Schüler, die G8-Oberstufe nur 230.000. Fünf Jahre später hat sich das Verhältnis gedreht:

Im Schuljahr 2012/2013 besuchten in Deutschland mehr als 890.000 Jugendliche die gymnasiale Oberstufe, drei Viertel von ihnen waren auf einem G8-Gymnasium.

Die Umstellung auf G8 ging mit der Expansion der gymnasialen

Oberstufe her. Doch hielten die Länder mit der Bereitstellung von Unterricht dieser Entwicklung weitgehend Schritt (Grafik).

Dennoch haben die Länder auf die Erfordernisse, die das G8 mit sich brachte, unterschiedlich reagiert. Manche stellten mehr Lehrer ein, manche erhöhten das wöchentliche Stundensoll der Lehrkräfte, manche taten beides oder gar das Gegenteil.

In Baden-Württemberg und Bayern etwa hat sich das Lehrerdeputat – also die Unterrichtsverpflichtung – seit 2004 nicht verändert. In Bayern muss eine Vollzeitlehrkraft in der gymnasialen Oberstufe in der Regel 21 Stunden in der Woche unterrichten, in Baden-Württemberg sind es 22,2 Stunden (Grafik Seite 7). In Schleswig-Holstein dagegen stehen Kollegen, die Schüler der Sekundarstufe II unterrichten, 30,5 Stunden pro Woche in der Klasse – das ist nicht nur bundesweit Spitze, sondern es sind auch 4,4 Stunden mehr als vor der Einführung von G8.

Obwohl es keine Belege dafür gibt, dass eine kürzere Gymnasialzeit stressiger ist und die Kompetenzen der Schulabsolventen mindert, sind angesichts der hitzigen Debatten inzwischen einige westdeutsche Bundesländer vom G8 als dem alleinigen Standard abgerückt – in Ostdeutschland ist die Rückabwicklung dagegen offensichtlich kein Thema. Beispiele:

- **In Baden-Württemberg** erlaubt das Kultusministerium seit dem Start des Schuljahres 2013/14 insgesamt 44 von 455 Gymnasien, parallel acht- und neunjährige Züge bis zum Abitur anzubieten.

G8: Mehr Unterricht, mehr Schüler

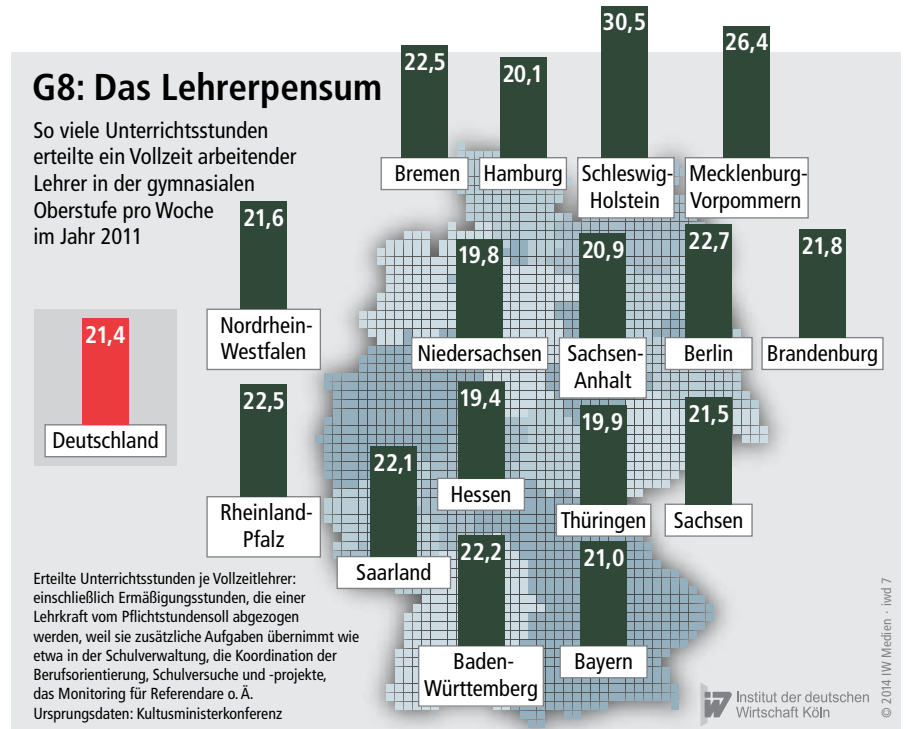
Um so viel Prozent veränderte sich seit der Einführung der verkürzten Gymnasialzeit auf acht Jahre (G8) die Zahl der ...

	Einführung	... erteilten Unterrichtsstunden in der Oberstufe	... Schüler in der Oberstufe
Baden-Württemberg	ab 2004	59	55
Bayern	2004	42	36
Berlin	ab 2006	2	11
Brandenburg	2006	-22	-24
Bremen	2004	36	41
Hamburg	2002/2004	19	24
Hessen	2005	65	48
Mecklenburg-Vorpommern	2002	-28	-35
Niedersachsen	2004	40	34
Nordrhein-Westfalen	2005	48	49
Rheinland-Pfalz	2008/09	3	2
Saarland	2001	29	24
Sachsen-Anhalt	2003	-43	-46
Schleswig-Holstein	2008/09	-8	-1

Stand: 2011; Oberstufe: die Jahrgangsstufen 10 bzw. 11 werden nur noch als „Einführungsphase“ (E), die Jahrgangsstufen 11 bzw. 12 und 12 bzw. 13 als zweijährige „Qualifikationsphase“ (Q1 und Q2) ausgewiesen und länderübergreifend der Sekundarstufe II zugeordnet; Sachsen, Thüringen: G8 wurde 1991 übernommen; Ursprungsdaten: Kultusministerkonferenz

- **In Hessen** sind 39 von 107 Gymnasien zum Abitur nach 13 Jahren (vier Grundschuljahre, neun Jahre Gymnasium) zurückgekehrt. Zudem bieten elf hessische Gymnasien parallel G8- und G9-Jahrgänge an.
- **In Nordrhein-Westfalen** nehmen aktuell 13 Gymnasien an dem Schulversuch „Abi nach 12 oder 13 Jahren“ teil, der erproben will, ob eine längere Schulzeit zu größeren Lernerefolgen führt. Im bevölkerungsreichsten Bundesland gibt es insgesamt 626 Gymnasien.

Dieses Zurückrudern auf halber Strecke hilft jedoch bei der Lösung des eigentlichen G8-Problems keineswegs weiter. Vielmehr sollte die Politik den Gymnasien angemessene Rahmenbedingungen und Freiräume zur Verfügung stellen, um den G8-Vorgaben gerecht zu werden. Zum einen sollten den Lehrern kla-



re Vorgaben für ihre Tätigkeiten gemacht werden. Zum anderen sollte der Schulalltag besser auf den Ganztagsbetrieb ausgerichtet werden (sogenannte Rhythmisierung).

Wollten die Länder mit G8 einst Personalkosten von etwa 1 Milliarde Euro je Jahrgangsstufe an Gymnasien einsparen, so erfordert der G8-Alltag zusätzliche Ausgaben.

Pro

Ich habe zusammen mit meinen Söhnen die Entscheidung getroffen, sie auf einem G8-Gymnasium anzumelden, das als Europaschule einen fremdsprachlichen Schwerpunkt mit vielen Austauschprogrammen pflegt. Die schönste Bestätigung für mich: Meine beiden 14-jährigen Söhne würden sich heute noch immer für diesen Weg entscheiden, weil er ihnen die Chance gibt, die Schule ein Jahr früher zu beenden und somit mehr Zeit für Bildung außerhalb der Schule zu haben – etwa für längere Auslandsaufenthalte, Berufsausbildung vor dem Studium, aber auch die Möglichkeit für ein soziales oder ökologisches Jahr. Prinzipiell bedeutet G8 nicht weniger Bildung oder weniger Kindheit. Entscheidend für den Erfolg von G8 sind die richtigen Rahmenbedingungen vor Ort. Gute Lehrkräfte, ein kompetenzorientierter Unterricht und die Anpassung der Lehrpläne sind wichtige Instrumente, um den Schulalltag zu entzerren und die Schülerinnen und Schüler zu entlasten. Ein qualitativ gut gestalteter G8-Bildungsgang weckt Interesse an neuen Sachverhalten, er vermittelt Lust am Lernen und Kompetenzen wie kritisches Denken und problemorientiertes Herangehen. Zu einer guten Unterrichtsorganisation gehört es auch, dass die Kinder und Jugendlichen mit fertigen Hausaufgaben nach Hause gehen und so am Nachmittag Freizeit für Vereine, ehrenamtliches Engagement oder Entspannung haben. Meine Söhne haben neben der Schule stets noch ausreichend Zeit für ihre Hobbys und ihre Freunde.
Nicola Beer, 44, ist Generalsekretärin der FDP

Kontra

Das Problem ist nicht die verkürzte Schulzeit, sondern die versäumte Reduzierung der Lehrpläneinhalte und des Stundendepotats. G8-Schüler müssen in zwölf Jahren genauso viele Schulstunden absolvieren wie ihre G9-Vorgänger. Siebtklässler bewältigen deshalb zum Teil eine 45-Stunden-Woche. Die Folgen dieses Turbo-Abiturs sind fatal: Immer mehr Schüler klagen über permanenten Schulstress und weniger Freizeit. Der lange Schultag und die vielen Hausaufgaben verdrängen den Besuch eines Sportvereins oder der Musikschule. Abends wird mit den Eltern gebüffelt, statt ins Kino zu gehen, zu spielen oder einfach mal nichts zu machen. Interessant ist auch, dass die Rechnung von Politik und Wirtschaft für G8 nicht ganz aufzugehen scheint. Denn immer mehr Schüler wiederholen in der Oberstufe freiwillig ein Schuljahr, weil sie sich dem Druck nicht mehr gewachsen fühlen oder ihre Leistungen verbessern wollen. Ungeachtet dessen steigt die Zahl der Abiturienten, die nach ihrer Schulkarriere nicht gleich studieren, sondern beispielsweise ein freiwilliges soziales Jahr absolvieren. Die Politik hat es versäumt, die Curricula angesichts einer sich revolutionär verändernden Wissenschaftsgesellschaft auf den Prüfstand zu stellen. Daher braucht es entweder eine Rückkehr zum Abitur nach 13 Jahren oder eine Kürzung der Lehrpläneinhalte und des Stundendepotats. Um ein ewiges Reform-Hin-und-Her zu vermeiden, sollte an allen Schulformen und in allen Bundesländern eine Wahlmöglichkeit für G8 oder G9 bestehen.
Robert Rauh, 46, ist Geschichtslehrer in Berlin

Mehr Geld für Azubis

Ausbildung. Das zweite Jahr in Folge sind die tariflichen Ausbildungsvergütungen deutlich gestiegen. Die Jugendlichen profitieren von der guten Wirtschaftslage – und vom demografischen Wandel.

Auch 2013 konnten sich Auszubildende in Deutschland wieder über mehr Geld freuen: Jugendliche verdienen während ihrer Ausbildung im Schnitt 761 Euro im Monat, das waren 31 Euro mehr als noch 2012. Auch wenn die Vergütungen in Ostdeutschland mit 5 Prozent stärker gestiegen sind als in Westdeutschland (4,1 Prozent), sind die Azubi-Löhne in Ostdeutschland noch nicht ganz auf dem West-Niveau (Grafik).

In Westdeutschland verdienen Azubis im Bauhauptgewerbe am besten, als angehender Beton- und Stahlbetonbauer, Maurer oder Zimmerer je 999 Euro, im Osten waren es 803 Euro. Im gesamtdeutschen Schnitt steht neben den Azubis zum

Wie viel Azubis verdienen

Ausbildungsvergütungen in den zehn beliebtesten Ausbildungsberufen in Euro

	Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2013		
	Westdeutschland	Ostdeutschland	
Kaufmann im Einzelhandel	753	674	27.006
Verkäufer	704	629	25.872
Kraftfahrzeugmechatroniker (IH)	764	562	19.290
Kraftfahrzeugmechatroniker (Hw)	686	562	
Bürokaufmann (IH)	865	785	19.056
Bürokaufmann (Hw)	661	609	
Industriekaufmann	903	833	18.951
Kaufmann im Groß- und Außenhandel	815	757	14.967
Medizinischer Fachangestellter	683	683	13.875
Industriemechaniker	935	893	13.563
Bankkaufmann	920	902	13.263
Zahnmedizinischer Fachangestellter	628	k. A.	12.099
Durchschnitt aller Ausbildungsberufe	767	708	

Vergütung: im Durchschnitt aller Ausbildungsjahre; Stand: 30.9.2013; IH: Industrie und Handel, Hw: Handwerk; Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 iw Medien - iwd 7

Binnenschiffer (989 Euro) sowie zum Kaufmann für Versicherung und Finanzen (935 Euro) auch der Nachwuchs in vielen Metall- und Elektroberufen sehr gut da. Deutlich weniger Geld gibt es zum Beispiel für angehende Friseure (West: 469 Euro, Ost: 269 Euro) und Floristen (West: 571 Euro, Ost: 312 Euro). Trotzdem sind diese Berufe – besonders bei jungen Frauen – sehr beliebt.

Die Höhe der Vergütung hängt sowohl vom Ausbildungsberuf ab als auch von der Branche und Region – und sie spiegelt die unterschiedlichen Anforderungen an das Leistungsniveau in den Berufen wider.

Auch die allgemeine Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt beeinflusst die Vergütung, die in Tarifverhandlungen festgelegt wird.

In den 1980er Jahren waren Ausbildungsstellen knapp und es gab viel mehr Bewerber als Stellen. Damals fielen die Entgeltsteigerungen nur moderat aus. Als die geburten-schwächeren Jahrgänge in den 1990er Jahren die Schule verließen, wurde der Wettbewerb um den Nachwuchs jedoch härter, die Ausbildungsvergütungen stiegen wieder.

Der demografische Wandel führt auch heutzutage dazu, dass immer weniger Jugendliche die allgemeinbildenden Schulen verlassen. Entsprechend gab es 2013 zum sechsten Mal in Folge mehr offene Lehrstellen (gut 33.500) als unversorgte Bewerber (knapp 21.000). Vor diesem Hintergrund ist der erneute Anstieg der Azubi-Löhne im vergangenen Jahr 2013 nicht überraschend.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504

E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Aboservice: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln

Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.